

Das Veto des Vatikans gegen die Wahl des Südtiroler Moraltheologen Martin M. Lintner zum Dekan der Hochschule Brixen offenbart das (intrigante) Ringen um den Kurs der Kirche. Ein Gastkommentar.

# Der „Fall Lintner“ oder: Kampf um Rom

**B**rixen liegt auf halber Strecke zwischen Brenner und Bozen. Benedikt XVI. machte im dortigen Priesterseminar Urlaub, schon als Kurienkardinal. Und nun schaut ganz Italien und halb Europa auf die Kleinstadt am Eisack, die weniger als 25.000 Einwohner hat. Ein regelrechter Solidaritäts-Tsunami ist auf den Servitenpater Martin M. Lintner eingebrochen. Der Grund: Der Vatikan, genauer das zuständige Dikasterium für die Kultur und die Bildung, verweigerter Lintner, der bereits im November 2022 zum Dekan der Philosophisch-Theologischen Hochschule Brixen gewählt und von Bischof Ivo Muser darin bestätigt worden war, das *Nihil obstat*. Seine Lehrbefugnis war von der Maßnahme aber ausdrücklich ausgenommen. Bemerkte keiner den Widerspruch: leiten und repräsentieren nein, lehren ja?

Gegenüber der Wochenzeitung *Christ & Welt* beteuert Lintner: „Ich bin kein Irlehrer.“ Über seine Reputation heißt es hier: „In Fragen der Sexual- und der Tierethik zählt er zu den Renommiersten seines Faches im deutschsprachigen Raum, genießt auch in Italien hohes Ansehen.“ Und: „Für die Kollegen in Deutschland sind Lintners Positionen mittlerweile Konsens innerhalb der deutschsprachigen Moraltheologie und weit darüber hinaus.“

## Orientiert am Menschen und dessen Nutzen

Im Vatikan – und andernorts – sieht man das offenbar anders (vgl. den Bericht von Doris Helmberger in der letzten FURCHE). Und das macht die Sache so undurchsichtig: Geht es um Lintners Eintreten für die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare? Um sein Buch „Den Eros entgiften“ (2011)? Eckt an, dass „Homosexualität gottgewollt“ sei, wie auch der Aachener Bischof Helmut Dieser meinte? Oder geht es grundsätzlich um Lintners Plädoyer für eine am konkreten Menschen orientierte, die Vielfalt von Lebensentwürfen berücksichtigende Moraltheologie – weg von Gebots- und Verbotsmoral? Wenn sich diese Mutmaßung bestätigte, wäre Lintner Opfer eines Stellvertreterkriegs: Man schlägt den Sack und meint den Esel!

Abgesehen davon, dass Franziskus ohnehin immer unverhohlener attackiert wird und ihm manche am liebsten bereits tot sähen. Lintner

konnte und kann sich dabei immer auf Papst Franziskus berufen, der in dem Nachsynodalen Schreiben *Amoris laetitia* (2016) einer „kalten Schreibtischmoral“ eine Absage erteilte. Dort hatte er, mit Berufung auf Thomas von Aquin, für eine sensiblere „pastorale Unterscheidung“ geworben. Und „Hirten“ gebeten, Menschen in „irregulären“ Situationen (auf die Anführungszeichen kam es an!) nicht so zu behandeln, als seien „moralische Gesetze anzuwenden, als seien es Felsblöcke, die man auf das Leben von Menschen wirft“.



DIESSEITS VON GUT UND BÖSE

Von Andreas R. Batlogg SJ

„Lintner gehört zu denen, die daran arbeiten, dass Menschen Kirche als ‚ihren‘ Ort erleben. Aber er ist kein Stein.“

Franziskus' jüngste Personalie, nämlich seinen Intimus, den Erzbischof von La Plata (Argentinien), Victor Manuel Fernández zum neuen Präfekten des Dikasteriums für die Glaubenslehre zu ernennen, hat offenbar im Vatikan zu massiven Irritationen geführt. Er hievt jedenfalls Vertraute in Positionen, deren „Entfernung“ sich ein potenzieller Nachfolger nicht ohne Imageverlust leisten könnte.

Deutlich wird hier freilich, dass es gerade nicht nur um einen Stil-, sondern um einen Perspektivenwechsel geht. Franziskus hat die Lehre“ nicht geändert. Aber er öffnet ständig Räume, damit Problemfelder künftig anders angegangen werden. Auch mit dem Megathema Synodalität – im Oktober beginnt dazu

die Weltbischofssynode. Klar ist, dass es dauert, bis sich eine echte synodale Kultur in der Kirche etabliert und die Mentalität endet, die alles *top-down* entschieden wissen will. Bei aller Kritik: Unterschätzen wir Kardinal Schönborn dabei nicht! Seine letzten Interviews im ORF und auf *furche.at* zeigen einen langgedienten Erzbischof, der um die Problematik weiß. Und darum, was auf dem Spiel steht.

## „Sehr viele lehnen Franziskus' Kurs ab“

Der Papst sucht und braucht Verbündete. Würde er die Causa Lintner zu Gesicht bekommen: Er würde die zuständigen Kardinäle (Bildung und Kultur, Glaubenslehre) zu sich zitieren. Jemanden wie Martin M. Lintner zu verheizen, an dessen menschlicher Integrität und wissenschaftlicher Kompetenz kein Zweifel bestehen kann, ist einfach unanständig. Und grausam. Was ihm passierte, konterkariert den *Cantus firmus* des Pontifikats von Franziskus. Lintner im O-Ton: „Sehr viele lehnen seinen Kurs und *Amoris laetitia* ab, würden es am liebsten einstampfen, deshalb braucht er Unterstützung – damit Änderungen, die er angeregt und weitergebracht hat, nicht mehr zurückgeschraubt werden.“

Das sagt einer, der sich verbittert zurückziehen könnte. Gut zehn Jahren älter, bewundere ich ihn für seine kritische Loyalität zur Kirche! Von solchen Theologen, die nicht um ihre „Karriere“ bangen, bräuchte es mehr! Lintner gehört zu denen, die daran arbeiten, dass Menschen Kirche als „ihren“ Ort erleben können. Aber er ist auch kein Stein. Er fordert zu Recht: „Das *Nihil obstat*-Verfahren gehört reformiert, transparent und fair gestaltet.“

Der neue Glaubenspräfekt, der im September sein Amt antritt, meinte im Interview mit *katholisch.de*, dass er „im Dialog“ vorgehen wolle. Dieser Dialog ist mit Lintner ausgeblieben. Wenn sich das jetzt ändert, würde das nicht nur ihm helfen und ihn trösten. Sondern auch diejenigen, die ratlos mitansehen, wie die großen Perspektiven, die Franziskus angegangen ist, im Sumpf von Intrigen und überholten Ansichten von der „Orthodoxie“ des Glaubens zu ersticken drohen.

Der Autor ist Jesuit und Publizist in München.



QUINT-ESSENZ

Von Brigitte Quint

## Via Kurve zum Ziel

**Z**wischen Vizekanzler Werner Kogler und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner kriselt es. Es geht um das Wort „normal“. Sie sagt, sie will Politik für die „normalen“ Menschen machen. Kogler wiederum bezeichnet solche Sager als präfaschistoid. Das wiederum findet Mikl-Leitner abnormal. Vermutlich ist das normal. Aber was weiß ich schon. Ich weiß nur, dass ich das Wort „normal“ herausstreiche, wenn ich Texte redigiere. Es beinhaltet keinerlei informativen Gehalt; verschwendet wertvollen Platz. „Abnormal“ übrigens auch.

Interessanter ist da schon „Normal“. Groß geschrieben, englisch ausgesprochen. Gemeint ist die Stadt im US-amerikanischen Illinois, 1854 gegründet von einem Joseph Parkinson (soweit ich weiß, weder verwandt noch verschwägert mit James Parkinson, nach dem das Parkinsonsyndrom benannt ist). Jedenfalls hat dieser Joseph Parkinson seinerzeit beim Bau einer neuen Eisenbahn dafür gesorgt, dass diese eine Kurve machen muss, damit sie die bereits vorhandene Eisenbahn an einem ganz bestimmten Punkt kreuzt – und genau an dieser Stelle besaß und kontrollierte der gute alte Parkinson Land. Deshalb liegt der Großteil von „Normal“ bis heute südlich der Bahngleise. Warum der Landstrich ausgerechnet „Normal“ getauft wurde? Damals war dort eine Schule für „Normalisten“ ansässig. So nannte man Lehrer, die den Kindern beibringen sollten, was „normal“ ist. Weil man diese Zuschreibung irgendwann für anormal hielt, wurde die Schule umbenannt. Die Stadt nicht. „Normal“ heißt weiter „Normal“.

Johanna Mikl-Leitner hat sich in Niederösterreich alle Gleise so zurechtgebogen, dass der Regierungszug an ihrer Person erstens nicht vorbeikommt und zweitens von ihr kontrolliert werden kann. Als sie fürchtete, an Einfluss zu verlieren, verwandelte sie holderdiepolder eine Sackgasse – die Koalition mit Udo Landbauer – in die einzig denkbare Strecke zum Ziel. Alles zum Wohle der „Normal“-Bevölkerung, versteht sich.

Joseph Parkinson hätte die Gewieftheit der Landeshauptfrau (heißt das in Niederösterreich noch so?) begrüßt. Aber er ist tot. Und wir schreiben auch nicht mehr das Jahr 1854. Im Gegensatz zu St. Pölten ist das in „Normal“ angekommen.

## PORTRÄTIERT

### Die kritischen Zeilen des Herrn Salehi

**I**n seinem letzten Rap-Song heißt es: „Jemandes Verbrechen bestand darin, mit den Haaren im Wind zu tanzen“. Die Anspielung des bekannten iranischen Rappers Tumadsch Salehi ist mehr als klar. Der Tod der jungen iranischen Kurdin Mahsa Amini am 16. September 2022 löste die seit Langem größten Proteste im Land aus. Sie starb im Polizeigewahrsam, nachdem sie von der Sittenpolizei festgenommen worden war, weil sie gegen die islamischen Kleidungs Vorschriften verstoßen haben soll. Ein großer Unterstützer der Proteste, die auf Aminis Tod folgten, ist Salehi. Nun wurde er in einem umstrittenen Prozess zu mehr als sechs Jahren Haft verurteilt. Wie die iranische Zeitung *Sharh* unter Berufung auf Salehis Anwalt berichtete, muss der Musiker für sechs Jahre und drei Monate ins Gefängnis.

Ein Gericht verhängte demnach eine zweijährige Ausreiseperrre sowie ein zweijähriges Berufsverbot für den Rapper. Er sei zudem aus der Isolationshaft in die allgemeine Abteilung der Dastgerd-Haftanstalt in der Metropole Isfahan verlegt worden. Salehi wurde im Herbst 2022 während der massiven Proteste gegen die politische Führung der Islamischen Republik festgenommen. Immer wieder hatte er mit seinen kritischen Texten so-

ziale und politische Missstände angeprangert. Staatsmedien veröffentlichten ein Video des Rappers mit verbundenen Augen, in dem er sich für seine Kritik entschuldigt. Angehörige werfen der iranischen Justiz vor, den Rapper in der Haft gefoltert zu haben. In seinen Auftritten in den sozialen Medien solidarisierte sich der Rapper früh mit den Demonstrationen. Bereits ein Jahr zuvor war Salehi festgenommen worden. Damals kam er auf Kautions frei. Im Zusammenhang mit Salehis Prozess hatte die EU Ende Juni Verantwortliche mit Sanktionen belegt. Betroffen ist unter anderem der Generalanwalt der Provinz Isfahan. Dieser hat nach EU-Angaben Anklage gegen den 32 Jahre alten Musiker erhoben. Der Rapper sei unter grausamen Bedingungen inhaftiert, hieß es weiter. Irans Justiz klagte den Rapper zunächst gemäß islamischer Rechtsauffassung wegen „Krieg gegen Gott“ und „Korruption auf Erden“ an. Diese Vorwürfe hätten auch ein Todesurteil nach sich ziehen können.

Die von Frauen angeführten Proteste im Herbst 2022 waren der größte politische Belastungstest für die Islamische Republik seit Jahrzehnten. Auch hier findet sich eine Zeile von Salehi: „... 44 Jahre Ihrer Regierung. Es ist das Jahr des Scheiterns.“ (Manuela Tomic, APA)



Der iranische Rapper Tumadsch Salehi wurde in einem umstrittenen Prozess zu mehr als sechs Jahren Haft verurteilt.